

## Vorwort

Der vorliegende Sammelband ist das Ergebnis unseres Colloquium Fundamentale, der zentralen Vortragsreihe des Studium Generale am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), zum Thema ‚Demokratisch, parlamentarisch, gut? Herausforderung Demokratie‘ des Wintersemesters 2010/11. Mit der Konzeption dieses Bandes hat sich das ZAK | Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale die Aufgabe gestellt, eine möglichst facettenreiche Analyse verschiedener Frage- und Infragestellungen des heutigen demokratischen Systems anzugehen – im spezifisch historischen Kontext der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie im aktuellen europäischen Kontext. Die Analysen und Konzepte verschiedener Wissenschaftler und Politiker werden dabei auch durch persönliche Berichte und Einschätzungen von Zeitzeugen und einflussstarken demokratischen Akteuren ergänzt.

Das Anliegen unserer Vortragsreihe war die Fortführung der öffentlichen Diskussion anlässlich des 60-jährigen Bestehens unserer Verfassungsordnung im Jahre 2009. Unter dem Titel ‚60 Jahre Grundgesetz – Verfassung mit Anspruch und Wirklichkeit‘ hatten wir die Entwicklungen, Aufgaben und die Rezeption des Grundgesetzes bereits im Vorfeld des Jubiläums im Wintersemester 2008/09 in unserem Colloquium Fundamentale thematisiert und die Ergebnisse als Sammelband herausgegeben.<sup>1</sup> Die Vortragsreihe ging von der Überlegung aus, dass das Bundesverfassungsgericht in seiner maßgebenden ordnungspolitischen Funktion als unabhängiges Verfassungsorgan im Rahmen der vom Gesetz zugestandenen Auslegungsmöglichkeiten die Verfassungswirklichkeit entscheidend geprägt hat und weiter beeinflusst. Interdisziplinär und durchaus kontrovers wurde eine der zentralen Intentionen des Grundgesetzes – nämlich die Frage nach der Bewahrung der für uns alle unverzichtbaren Werte – diskutiert:<sup>2</sup> Nach welchen Wertvorstellungen wurde das Grundgesetz formuliert und welches sind die grundlegenden Werte, die sein Fundament ausmachen? Daneben wurde nach den Notwendigkeiten der Anpassung des Grundgesetzes an die teils veränderten Lebenswirklichkeiten gefragt, wie sie vor allem durch die Globalisierung gegeben sind. Welche innerstaatlichen Veränderungen werden hierdurch hervorgerufen? Mit Blick auf den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, dessen Urteile nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts von deutschen Behörden und Gerichten angemessen zu berücksichtigen und schonend in die nationale Rechtsordnung einzupassen sind, war – und ist – auch weiterhin nach Verletzungen der Menschenrechtskonvention zu

---

1 Robertson-von Trotha, Caroline Y. (Hrsg.): *60 Jahre Grundgesetz. Interdisziplinäre Perspektiven* (= Kulturwissenschaft interdisziplinär Bd. 4), Baden-Baden 2009.

2 Vgl. Geleitwort des Bundespräsidenten Horst Köhler zum Grundgesetz.

## Vorwort

fragen. Bei all diesen Aspekten blieb der Satz von Ernst-Wolfgang Böckenförde zentral: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“<sup>3</sup> Und mit diesem Satz ist auch die Verbindung zu unserem vorliegenden Band umschrieben.

Nachdem in der Bundesrepublik – im Gegensatz zur Weimarer Republik – die demokratische Staatsform jahrzehntelang grundsätzliche Zustimmung erfahren hat, stellt sich die Frage nach den Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger heute offenbar anders als 1949. Ist die Möglichkeit der Teilhabe des Einzelnen der Maßstab einer zeitgemäßen Demokratie? Ist – an diesem Maßstab gemessen – unser demokratisches System eine ‚gute Demokratie‘? Oder sollten wir ‚mehr Demokratie wagen‘? – Etwa durch Elemente direkter Demokratie, wie dies in unterschiedlicher Intensität immer wieder diskutiert wird? Wir erlebten in Deutschland im letzten Jahr vielfältige Formen der Bürgerbeteiligung, die sich in den wachsenden Protesten um das Bahnprojekt Stuttgart 21 ebenso zeigten wie in den Demonstrationen zum Atomausstieg. Das Frühjahr 2011, in dem wir schon von einem ‚Arabischen Frühling‘ sprechen, hat uns die Rolle der Bürgerinnen und Bürger in Demokratisierungsprozessen noch einmal deutlich vor Augen geführt: Demokratische Ideen leben von der Beteiligung der Zivilgesellschaft. Interesse zu wecken und Engagement anzustoßen entzieht sich zwar oftmals scheinbar dem politischen Einfluss, doch gerade das Wissen darüber, wie Demokratie ‚funktioniert‘, sollte jeder Bürgerin und jedem Bürger zugänglich gemacht werden. Denn nur eine gelebte Demokratie bedeutet auch Partizipation der Bürgerinnen und Bürger – und nur sie fördert auch eine kritische Auseinandersetzung mit dem System, das sie repräsentiert.

Historisch gesehen kennt die Demokratie in Deutschland zahlreiche Formen der Gestaltung. Auch wenn sich das Grundgesetz angesichts verschiedenster Herausforderungen bisher mehrfach bewährt hat, macht dies eine kritische Bilanz nicht überflüssig. Ganz im Gegenteil: Eine engagierte und reformbereite Diskussion der bisherigen Erfahrungen, Vorzüge und Probleme unserer Demokratie zeigt den Wert dieses Systems.

Dass Jubiläen zumeist mit einer Aura der Erinnerung, der Zustimmung und der Bestätigung verbunden sind, haben auch wir bei unserer Vortragsreihe wahrgenommen: Wir hatten und haben offensichtlich gute Gründe, das über 60-jährige Bestehen unserer demokratischen Ordnung zu feiern. In der Retrospektive stellen sich aber Ereignisse, und damit auch die Kritik an einem politischen System, oft anders dar, als wir sie als Zeitzeugen zunächst durchlebt haben. Aus der historischen Beobachtung werden neue Einschätzungen und Bewertungen von Zeitgeschehnissen durch die Distanz und die Gegenüberstellung mit dem weiteren Verlauf der Dinge

---

<sup>3</sup> Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht, Frankfurt am Main 1976, S. 60.

## *Vorwort*

möglich. Zugleich stärkt die zeitliche Distanz den Blick für die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen aktuelle Demokratiediskurse stattfinden, und erinnert daran, dass sowohl Protest als auch die Diskussion alternativer Gesellschaftsentwürfe ein integraler und fundamentaler Bestandteil lebendiger Demokratien sind.

Im ersten Teil des Bandes stellen wir uns folgende Fragen: Inwieweit ist der heutige Parlamentarismus nicht nur in Deutschland, sondern auch im Hinblick auf die Europäische Union mit dem klassischen Verständnis der Demokratie zu vereinbaren? Hat die Demokratie in der heutigen Form an Glaubwürdigkeit verloren? Können wir von einer wachsenden Politikverdrossenheit sprechen? Sollten wir von Grund auf unsere demokratischen Strukturen überdenken, damit die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen wieder anwächst? Wolfgang Merkel fragt dazu: Steckt unsere Demokratie in einer Krise? Und kommt zu möglicherweise überraschenden Antworten. Klaus von Beyme erörtert konkrete Wege aus der Politikverdrossenheit und zeigt Möglichkeiten einer Demokratiereform. Werner J. Patzelt beleuchtet den grundlegenden Zusammenhang zwischen Bildung und Partizipation der Bürgerinnen und Bürger.

Der zweite Teil unseres Bandes widmet sich in historischer Perspektive den konkreten Möglichkeiten politischer Partizipation. 20 Jahre nach dem Mauerfall ist der Umgang mit der DDR-Geschichte immer noch ein sehr strittiges Thema. Dabei werden weiterhin die insbesondere aus ostdeutscher Sicht unzureichenden Differenzierungen und eine nicht hinreichende Diskussion über mögliche Änderungen im Grundgesetz beklagt. Auch die juristische Aufarbeitung der SED-Diktatur ist für viele unbefriedigend geblieben. „Man wollte Gerechtigkeit und bekam den Rechtsstaat“, so der bekannte Satz der DDR-Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley. Was hat sich nach der Wiedervereinigung verändert und wie wirken sich diese Tendenzen aus? György Dalos komplettiert diese Sicht durch eine Darstellung der Ereignisse des Jahres 1989 aus ungarischer Perspektive. Aber bereits die Generation der 68er forderte kollektive Selbstverwaltungsformen jenseits der parlamentarischen Demokratie und stellte damals eine Herausforderung für die bestehende Gesellschafts- und Verfassungsordnung dar. Inzwischen ist die Studentenrevolte Gegenstand kritischer Bewertung geworden: Welche Vorstellungen von Verantwortung gegenüber der Demokratie hatte die 68er-Bewegung? Welche ihrer Kritikpunkte sind heute noch aktuell oder gar wesentlich? Und wir fragen: „Was war denn ‚links‘?“ Diesem Komplex nehmen sich die Beiträge von Klaus Meschkat, Wolfgang Kraushaar und Andreas Christoph Schmidt an.

Der dritte Teil widmet sich internationalen und aktuellsten Problemstellungen. Hans-Dietrich Genscher führt in diesen Komplex ein, erläutert hierzu die Rolle Europas hinsichtlich weltweiter politischer Entwicklungen unter den Bedingungen der Globalisierung und spricht sich für ein dezidiert „globales kooperatives Den-

## *Vorwort*

ken“ aus. Aktuell sind auf der Ebene der EU besonders durch den Vertrag von Lissabon wesentliche Veränderungsprozesse initiiert worden. Doch wie sind diese Tendenzen einzuschätzen, wie wirkt sich der Vertrag auf die Demokratiefähigkeit der EU – aber auch national auf Deutschland – aus? Dietrich Murswiek ermöglicht uns einen Blick aus Sicht eines Verfahrensbeteiligten, und Marianne Kneuer zeigt auf, was sich für die Deutschen „nach Lissabon“ verändert hat. Ebenso werden die Folgen der Weltwirtschafts- und Finanzkrise untersucht. Auch wenn der Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Wohlstand und gesellschaftspolitischer Freiheit meist als unzweifelhaft angesehen wird, ist zu fragen: Gehören freie Marktwirtschaft und Politik so wie bisher zusammen oder führt dieser Weg zu kaum mehr beherrschbaren Krisen und Konfliktlagen? Gerhart R. Baum führt in konkrete Problembereiche der deutschen Gesetzeslage ein und zeigt, welche Schritte den Schutz einzelner Bürger innerhalb der Finanzwirtschaft deutlich verbessern könnten. Auch auf anderen Ebenen müssen in Europa einheitliche Regelungen geschaffen werden, wie etwa hinsichtlich der Menschenrechtspolitik. Gerade bei Migrations- und Flüchtlingsangelegenheiten sollten einzelne Staaten die bestehenden Schwierigkeiten nicht alleine bewältigen müssen. Barbara Lochbihler verdeutlicht die Dringlichkeit konkreter Reglementierungen und verweist auf mögliche Lösungen.

Unser Sammelband versteht sich also in mehrfacher Hinsicht als „demokratisch“ – er soll einen Beitrag leisten zu wichtigen Debatten um Demokratie auf verschiedenen Ebenen und er soll Analyse, Kritik und viele Ideen im Sinne einer vitalen Demokratie miteinander verknüpfen.

Für die Förderung der Reihe im Rahmen des vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung initiierten Wissenschaftsjahres danke ich der Robert Bosch Stiftung. Für die Arbeiten im Vorfeld gilt mein Dank Jesús Muñoz Morcillo, für die Lektoratsarbeiten und die Transkriptionen Janina Hecht, Christine Wölfle, Sonja Seidel, Claudia Fritz und Silke Flörchinger.

Karlsruhe, im Juni 2011

Caroline Y. Robertson-von Trotha